



GRUNDEINKOMMEN

Das Grundeinkommen – eine Chance für Frauen?

Obwohl Frauen im Durchschnitt besser ausgebildet sind als Männer, sind sie auf dem Arbeitsmarkt immer noch benachteiligt. Sie arbeiten häufiger in Teilzeit sowie in schlechter bezahlten Berufen. Frauen leisten nach wie vor den überwiegenden Teil der Familienarbeit. Ihr Armutsrisiko ist höher als das von Männern – sei es als Alleinerziehende, Geringverdienerin oder Rentnerin. Das heutige Sozialsystem ist immer weniger geeignet, die zunehmenden Lebensrisiken insbesondere von Frauen ausreichend abzusichern. Inwieweit könnte ein bedingungsloses Grundeinkommen dazu beitragen, die Situation von Frauen nachhaltig zu verbessern?

Von Ingrid Hohenleitner und Thomas Straubhaar

Frauen sind heute im Durchschnitt besser ausgebildet als Männer. Dennoch verdienen Frauen pro Arbeitsstunde in Deutschland rund 23% weniger als Männer. Ursache hierfür ist vor allem indirekte Diskriminierung. Kompetenzen von Frauen werden generell geringer bewertet, typische Frauenberufe werden schlechter bezahlt. Frauen arbeiten häufiger in Teilzeit und unterbrechen ihre Erwerbstätigkeit öfter durch Erziehungszeiten. Dies führt zu Einbußen sowohl beim Erwerbseinkommen als auch bei Lohnersatzleistungen, die oft ein Leben lang nicht wieder aufgeholt werden.

Das heutige Sozialsystem basiert auf der lebenslangen Vollzeitwerbstätigkeit als Regelfall. Frauen schaffen es daher häufig nicht, ausreichend eigenständige Sozialversicherungsansprüche zu erlangen und sind auf abgeleitete Ansprüche ihrer Ehemänner angewiesen. Dies ist umso problematischer, als es immer mehr Alleinerziehende und sogenannte Patchwork-Familien gibt. Insbesondere in Ostdeutschland ist die nichteheliche Lebensgemeinschaft mit Kind weit verbreitet, wodurch sich das Armutsrisiko ostdeutscher Mütter und Kinder erhöht.

Noch immer leisten Frauen den überwiegenden Anteil der Haus- und Familienarbeit – auch in Ostdeutschland, obwohl hier wesentlich mehr Mütter vollzeitbeschäftigt sind. Die geringere frei verfügbare Zeit behindert zudem die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten von Frauen.

Der in Zeiten mit hohem Wirtschaftswachstum und (männlicher) Vollbeschäftigung entwickelte Sozialstaat stößt heute mehr und mehr an seine Grenzen. Daran ändern auch die Reparaturen und Nachbesserungen wenig. Nicht eine zunehmende Ausdifferenzierung sondern eine radikale Vereinfachung des Sozialsystems ist die angemessene und wirksamste Strategie, nachhaltig soziale Sicherheit zu schaffen. Ein flexibles soziales Netz, das in allen Lebenslagen mindestens das Existenzminimum garantiert, ist für eine zukunftsfähige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung unverzichtbar. Das Grundeinkommen stellt ein alternatives Konzept in diesem Sinne dar. Alle Bürgerinnen und Bürger erhalten ein aus Steuern finanziertes Grundeinkommen, das die Existenzgrundlage sichert und lebenslang von der Wiege bis zur Bahre gezahlt wird. Es wird bedingungslos, d. h.

IN DIESER AUSGABE

Das Grundeinkommen – eine Chance für Frauen? Seite 1/2

Die unterschiedlichen Spielarten des Neoliberalismus Seite 3

Zweite Wilhelm-Röpke-Vorlesung Wilhelm-Röpke-Institut Online Erfurter Filiale der Commerzbank AG erster Röpke-Mäzen Publikationen Seite 4

ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne eingeforderte Gegenleistung, gewährt. Es ist als individueller Rechtsanspruch konzipiert, also unabhängig von Partnereinkommen oder Unterhaltsansprüchen und damit unabhängig von Lebens- und Familienformen. Durch das Grundeinkommen können viele bisherige steuer- und abgabenfinanzierten Sozialleistungen, wie Arbeitslosengeld I und II, BAföG, Wohngeld, Rente, Elterngeld und Kindergeld, weitgehend bis vollständig ersetzt werden.

Entgegen dem ersten Eindruck ist das Grundeinkommen für Besserverdienende kein unnötiges Geldgeschenk, sondern lediglich ein in anderer Form gewährter Steuerfreibetrag, wie er bereits heute laut Verfassung allen zusteht und als steuerfreies Existenzminimum gewährt wird, ob Geringverdiener oder Millionärin. Im Gegenzug werden alle anderen Steuerfreibeträge und -vergünstigungen abgeschafft. Damit wirkt das Grundeinkommen zusammen mit den Steuerzahlungen zielgenau. Ärmere werden netto unterstützt und Gutverdienende bleiben netto Steuerzahler, wobei die durchschnittliche Steuerbelastung mit zunehmendem Einkommen steigt.

Im Ergebnis werden alle Menschen entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit besteuert bzw. entsprechend ihrer finanziellen Bedürftigkeit unterstützt.

Da niemand mehr allein zur Deckung des Lebensnotwendigen auf Erwerbsarbeit angewiesen ist, steigt die Verhandlungsmacht der abhängig Beschäftigten. Dies ist eine fundamentale Voraussetzung für einen repressionsfreien Arbeitsmarkt, auf dem beide Vertragspartner – Beschäftigte und Unternehmen – sich auf gleicher Augenhöhe begegnen. Insbesondere im Niedriglohnbereich beschäftigte Menschen müssen nicht mehr jede Tätigkeit unter jedweden Bedingungen zu jedem Preis annehmen. Gerade in diesem Bereich, in dem leider immer noch zu einem asymmetrisch hohen Anteil Frauen beschäftigt sind, wird es tendenziell eine positive Lohnentwicklung und bessere Arbeitsbedingungen geben. Ebenso werden sich neue flexible Arbeitsformen vermehrt durchsetzen, die nicht nur betriebliche Belange sondern auch die Wünsche der Beschäftigten stärker berücksichtigen.

Da das Grundeinkommen das soziokulturelle Existenzminimum für jeden Erwachsenen und jedes Kind individuell sicherstellt, wird es für beide Elternteile leichter, sich für Teilzeitarbeit zu entscheiden. Das Grundeinkommen fördert damit sowohl den Wunsch als auch die Durchsetzbarkeit von kürzeren, familienfreundlichen Arbeitszeiten. Je mehr auch Männer aus familiären Gründen ihre Arbeitszeit reduzieren, desto stärker wächst die Akzeptanz von Teilzeitarbeit sowie die Wertschätzung von Familienarbeit und anderen gesellschaftlich sinnvollen Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit. Dies begünstigt eine zunehmend geschlechtergerechte Umverteilung von Erwerbs- und Familienarbeit.

Je weiter diese Entwicklung voranschreitet,

SOLIDARISCHES BÜRGERGELD

Das Konzept „Das Solidarische Bürgergeld“ des Ministerpräsidenten des Freistaates Thüringen, Dieter Althaus, finden Sie im Internet unter: www.d-althaus.de.

desto eher müssen Unternehmen damit rechnen, dass auch männliche Mitarbeiter aufgrund familiärer Verpflichtungen kurzfristig ausfallen oder ihre Arbeitszeit längerfristig reduzieren. Damit würde ein wesentlicher Grund für eine ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern allmählich aufgehoben. Die Angleichung der Gehälter bietet für Frauen zudem einen stärkeren Anreiz, berufstätig zu sein und begünstigt so wiederum eine neue innerfamiliäre Aufgabenteilung. Je mehr die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch zu einer den Männern eigenen Forderung wird, desto eher werden die Benachteiligungen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt schrittweise zurückgenommen. Infolge einer damit einhergehenden gesellschaftlichen Neubewertung von Erwerbs- und Familienarbeit würden sich sowohl die beruflichen Chancen von Teilzeitarbeitenden verbessern als auch die Karriere-Chancen von Männern und Frauen weiter angleichen.

Ein Grundeinkommen bietet nicht nur Schutz vor den Unwägbarkeiten eines zunehmend flexibilisierten Arbeitsmarktes. Es reduziert auch die innerfamiliären Abhängigkeiten. Da es als individueller Rechtsanspruch ausgestaltet ist, gewährleistet es eine eigenständige Sicherung unabhängig vom Partnereinkommen. Dies kommt insbesondere Frauen und Alleinerziehenden zu Gute, die sich heute in schwierigen familiären Situationen und finanziellen Abhängigkeiten befinden. Darüber hinaus werden alle Formen von Wohn- und Lebensgemeinschaften sowie Familien finanziell besser gestellt, da jeder Erwachsene und jedes Kind einen individuellen Anspruch auf das Grundeinkommen hat. Kinder würden kein Armutrisiko mehr darstellen.

Das Grundeinkommen verbessert die Möglichkeiten und erhöht die Bereitschaft der Menschen, sich auf Veränderungen einzulassen. Insbesondere Frauen werden noch mutiger neue berufliche Wege gehen, wenn sie finanziell abgesichert sind. Mehr Frauen werden sich selbständig machen oder ihren Beruf wechseln und sich be-

wusst neuen Herausforderungen stellen. Gerade der Schritt in die Selbständigkeit kann sich für Frauen auszahlen. So ist die Lohndifferenz selbständiger Frauen gegenüber ihren männlichen Kollegen mit 13% um rund 10 Prozentpunkte geringer als bei abhängig Beschäftigten.

Das Grundeinkommen eröffnet neue Gestaltungsspielräume. Es schafft durch das Individualprinzip unbedingte soziale Sicherheit für jeden Menschen. Es erleichtert eine selbstbestimmte Lebensplanung und schafft Wahlfreiheit. Frauen wie auch Männer können frei entscheiden, ob sie sich vorübergehend ganz der Familie widmen oder Familie und Beruf vereinbaren wollen. Alle Formen von Familien und Lebensgemeinschaften werden gestärkt. Es ist davon auszugehen, dass Frauen und Männer die Familienarbeit zunehmend partnerschaftlich aufteilen werden und sich dadurch auch für Frauen ganz neue berufliche Chancen eröffnen. Ein Grundeinkommen kann zwar keine Garantie bieten, dass es tatsächlich zu einer geschlechtergerechten Verteilung von Erwerbs- und Familienarbeit kommen wird. Es spricht jedoch vieles dafür, dass eine Entwicklung in diese Richtung stattfinden wird, zumal der Wunsch bei vielen Frauen und Männern bereits heute besteht. In jedem Fall aber bietet das Grundeinkommen eine nie dagewesene Chance, den Teufelskreis von gesellschaftlichen und ökonomischen Zwängen zu durchbrechen, der die Benachteiligung von Frauen in der Erwerbs- und Familienarbeit bis heute verfestigt.

EMPFEHLENSWERTE LITERATUR

Straubhaar, T., I. Hohenleitner, M. Opielka, M. Schramm (2008): Bedingungsloses Grundeinkommen und Solidarisches Bürgergeld – mehr als sozialutopische Konzepte, *Edition HWWI*, Band 1, erscheint demnächst.
 Opielka, M., T. Straubhaar (2007). Professoren Straubhaar und Opielka kritisieren Sachverständigenrat: Fehleinschätzungen bei der Finanzierbarkeit aufgrund zweifelhafter Annahmen verstellen den Blick auf die Chancen!, *HWWI Standpunkt*. Download unter: www.hwwi.org.

Die unterschiedlichen Spielarten des Neoliberalismus

Der Begriff des Neoliberalismus ist in den letzten Jahren zu einem Kampfbegriff der politischen Diskussion verkommen. Dies wird weder dem historischen Ursprung des Konzepts gerecht, noch entspricht es dem reichhaltigen und vielfältigen Erbe der neoliberalen Bewegung, die deutliche Spuren in der Ökonomik des 20. Jahrhunderts hinterlassen hat. *Von Stefan Kolev*

Im Zuge der Globalisierungskritik der späten 1990er Jahre wurde der Begriff „neoliberal“ insbesondere von linker Seite wieder ausgegraben und gegen die Politik von dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank ins Feld geführt. Wie in diesem Dissertationsprojekt gezeigt werden soll, hat das so instrumentalisierte Schlagwort wenig gemein mit dem, was denjenigen vorschwebte, die sich als erste neoliberal genannt und den Begriff im deutschsprachigen Raum eingeführt haben. Es handelt sich dabei um eine gegen Ende des 19. Jahrhunderts geborene Generation von Sozialwissenschaftlern, allen voran Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow, die sich in der Zwischenkriegszeit von anderen intellektuellen Strömungen abgrenzen wollen und dafür den Begriff prägen.

Es ist eine zweifache Abgrenzung: Zum einen fühlt man sich dem liberalen Erbe verpflichtet und setzt sich gegen den etatistischen Historismus ab, der große Teile des ökonomischen Diskurses prägt, zum anderen stellt aber die Vorsilbe „neo“ den Versuch dar, sich von bestimmten Zügen des

klassischen Liberalismus abzusetzen, die für sie als überholt gelten.

Das Spektrum der Autoren, die heutzutage von Dogmenhistorikern als „neoliberal“ bezeichnet werden, ist um einiges breiter.

Es handelt sich gewissermaßen um ein Intervall von Ökonomen, als dessen Extreme für den deutschsprachigen Raum Ludwig von Mises und Wilhelm Röpke betrachtet werden können: Mises weist dem Staat einen denkbar schmalen Betätigungsbereich zu, ohne allerdings Anarchist zu sein, während Röpke mit dem von ihm geprägten Begriff der „marktkonformen Interventionen“ ein weites Feld aufspannt, in dem der Staat eingreifen kann, ohne Röpkes Ansicht nach mit den liberalen Prinzipien der Wirtschaftspolitik zu kollidieren.

Innerhalb dieses Intervalls siedele ich Walter Eucken und Friedrich August von Hayek an. Beide kennen sich seit Mitte der 1920er Jahre und entwickeln weitgehend unabhängig voneinander Gedankengebäude, die trotz der unterschiedlichen Darstellung (bei Eucken ist es der Umgang mit privater und staatlicher Macht, bei Hayek die Verarbeitung von dezentral verteiltem Wissen) und der unterschiedlichen intellektuellen Gegner (bei Eucken die späten Vertreter der Historischen Schule, bei Hayek die von ihm so bezeichneten konstruktivistischen Rationalisten) große Ähnlichkeiten aufweisen. So unterscheiden beide zwischen Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsprozess (oder Spielregeln und Spielzügen) und stellen fest, dass der Staat auf der Ebene der Spielregeln, nicht aber (oder nur in besonderen Fällen) bei den Spielzügen der Marktakteure tätig werden darf.

Damit beschränkt sich das Dissertationsprojekt auf vier Protagonisten. Beim Neoliberalismus handelt es sich allerdings um

eine internationale Bewegung, die insbesondere in den USA, aber auch in anderen europäischen Ländern, zahlreiche Anhänger hat. Sie treffen sich regelmäßig in der von Hayek 1947 gegründeten Mont Pèlerin Society. Viele der hier organisierten Wissenschaftler bringen wiederum ein eigenes Forschungsprogramm mit. Insoweit wäre eine solide inhaltliche Auseinandersetzung mit den jeweiligen neoliberalen Ansätzen weitaus besser als pauschale Urteile und Kampfbegriffe.

Das vorliegende Dissertationsprojekt kann hoffentlich zur Versachlichung des Diskurses beitragen, indem es mit dem weit verbreiteten Vorurteil aufräumt, dass es sich bei den Neoliberalen um Ideologen und Apologeten des Kapitalismus handelt, die einseitig seine Vorteile unterstreichen und für die Probleme unseres Wirtschaftssystems blind sind. Eine differenzierte Analyse der Stellungnahmen der hier genannten vier neoliberalen Ökonomen zur Rolle des Staates in der Marktwirtschaft, die im langen Zeitraum zwischen 1912 und 1988 entwickelt wurden (markiert von der Veröffentlichung der Habilitation von Mises „Theorie des Geldes und der Umlaufmittel“ sowie Hayeks letztem Werk „The Fatal Conceit“), soll dies leisten.

Dipl.-Vw. Stefan Kolev, 26, promoviert an der Universität Hamburg bei Prof. Dr. Elisabeth Allgoewer zum Thema „Die Rolle des Staates in der Wirtschaftspolitik bei Ludwig von Mises, Friedrich August von Hayek, Walter Eucken und Wilhelm Röpke: eine vergleichende Analyse“. Außerdem arbeitet er in der Zweigniederlassung Thüringen der HWWI gemeinnützige GmbH mit.

LITERATUR

Caldwell, B. (2005): Hayek's Challenge. An Intellectual Biography of Friedrich August von Hayek, Chicago University Press.

Hennecke, H. J. (2005): Wilhelm Röpke. Ein Leben in der Brandung, Schäffer Poeschel Verlag, Stuttgart.

Hülsmann, Jörg Guido (2007): Mises. The Last Knight of Liberalism, Ludwig von Mises Institute, Auburn, AL.

Goldschmidt, N. (2002): Entstehung und Vermächtnis ordoliberalen Denkens, Lit-Verlag, Münster et al.

Willgerodt, H. (2006): Der Neoliberalismus: Entstehung, Kampfbegriff und Meinungsstreit, in: ORDO, Band 57, S. 47-89.

Am **12. Februar 2008** um 16 Uhr wird in der Thüringer Aufbaubank in Erfurt, Gorkistraße 9, die **zweite Wilhelm-Röpke-Vorlesung** stattfinden. Der Vorsitzende der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft **Prof. Dr. Dr. h.c. Joachim Starbatty**, Universität Tübingen, wird zum Thema „**Was macht die Wirtschaft menschlich? Die Aktualität Wilhelm Röpkes**“ sprechen. Wir freuen uns, mit Professor Starbatty, der auch Gründungsmitglied des Wilhelm-Röpke-Instituts ist, einen Redner gewonnen zu haben, der mit dem Werk Wilhelm Röpkes wie kaum ein anderer vertraut ist. Der langjährige Thüringische Ministerpräsident **Prof. Dr. Bernhard Vogel** wird ein Grußwort sprechen, wofür wir ihm ganz besonders dankbar sind. Nach der Vorlesung laden wir zu einem Empfang ein.

Die diesjährige Wilhelm-Röpke-Vorlesung wird in zwei weitere Veranstaltungen eingebettet sein: **Erstens** findet am **12. und 13. Februar** ein **wissenschaftliches Symposium** zum Thema „**Wort und Wirkung – Wilhelm Röpkes Bedeutung für die Gegenwart**“ statt. Folgende Vorträge sind vorgesehen:

- Prof. Dr. Elisabeth Allgoewer, Universität Hamburg: „Wilhelm Röpke und die moderne Konjunkturtheorie“

WILHELM-RÖPKE-INSTITUT ONLINE

Das Wilhelm-Röpke-Institut e.V. in Gründung verfügt nun über eine eigene Homepage. Unter www.roepke-institut.org informieren wir aktuell über das Institut und laufende Aktivitäten. Die Eintragung des Vereins in das Vereinsregister ist bereits beantragt und wird voraussichtlich noch in diesem Monat, spätestens aber im Februar erfolgen. Anträge auf persönliche oder institutionelle Mitgliedschaft nehmen wir jederzeit entgegen. Für nähere Auskünfte steht Ihnen der Geschäftsführer des Instituts PD Dr. Joachim Zweynert, Tel: 0361-7447-108, jederzeit gern zur Verfügung.

- Dr. Nils Goldschmidt, Walter Eucken Institut, Freiburg im Breisgau: „Wilhelm Röpke und die Kulturelle Ökonomik“
- Prof. Dr. Dr. Helge Peukert, Universität Erfurt: „Wilhelm Röpke als Pionier einer ökologischen Ökonomik“
- PD Dr. Michael Wohlgemuth, Walter Eucken Institut, Freiburg im Breisgau: „Wilhelm Röpke und die Europäische Integration“.

Druckfassungen der Vorträge (einschließlich der Röpke-Vorlesung) werden in der Schriftenreihe „Beiträge zur Geschichte der deutschsprachigen Ökonomie“ (Metropolis-Verlag, Marburg) als Tagungsband erscheinen. PD Dr. Hans-Jörg Hennecke, der wegen anderweitiger Verpflichtungen nicht am Symposium teilnehmen kann, wird zudem einen Aufsatz über „Wilhelm Röpkes gesellschaftspolitische Vision“ beisteuern. Wir hoffen, auch aus dem Symposium eine regelmäßige, möglichst jährlich stattfindende Veranstaltung machen zu können. **Zweitens** werden Prof. Dr. Elisabeth Allgoewer und PD Dr. Joachim Zweynert am **11. und 12. Februar** einen Teil Ihres **Oberseminars „Wilhelm Röpke in den wirtschaftspolitischen Diskussionen seiner Zeit“** als Blockveranstaltung in der Thüringer Aufbaubank durchführen.

ERSTER RÖPKE-MÄZEN

Wir freuen uns, mit der **Erfurter Filiale der Commerzbank AG** ein erstes Unternehmen aus der Region Thüringen als **Röpke-Mäzen** gewonnen zu haben. Auch um unser Interesse an einer längerfristigen strategischen Partnerschaft zu unterstreichen, haben die Thüringer Zweigniederlassung des HWWI und das Wilhelm-Röpke-Institut ihre Konten bei der Commerzbank Erfurt eröffnet. Wir freuen uns auf eine fruchtbare Zusammenarbeit.

PUBLIKATIONEN

Im Dezember letzten Jahres sind zwei von PD Dr. Joachim Zweynert verfasste Diskussionspapiere der Thüringer Zweigniederlassung erschienen. Bei dem Beitrag „**Die Entstehung ordnungstheoretischer Paradigmen – dogmenhistorische Betrachtungen**“ handelt es sich um die Schriftfassung eines Vortrages, den Zweynert am 18. Oktober 2007 im Rahmen des 3. Freiburger Symposiums zur Ordnungsökonomik gehalten hat. In ihm geht es vornehmlich um die Frage, ob die deutschen Neo-Liberalen Eucken, Röpke, Rüstow und Müller-Armack in der angelsächsischen liberalen Tradition zu verorten oder ob sie eher in deutschen Denktraditionen verwurzelt sind.

In „**Culture versus Interests in the Theory of Institutional Change**“ greift Zweynert eine aktuelle Diskussion über die vom Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften Douglass C. North begründete Theorie des Institutionellen Wandels auf: Lässt sich der Verlauf tiefgreifender Wandlungsprozesse, wie sie kürzlich im östlichen Europa zu beobachten waren, auf die Nutzenkalküle rationaler und eigeninteressierter Akteure zurückführen oder sind dabei geschichtlich verankerte kulturelle Traditionen ausschlaggebend? Zweynert versucht zu zeigen, dass sich beide Erklärungsansätze nicht ausschließen, wenn man einen dynamischen Kulturbegriff zugrunde legt, der Raum für Wahlhandlungen und strategische Kalküle politischer Unternehmer lässt.

Beide Publikationen können unter www.hwwi.org (Rubrik „HWWI Thüringen“) heruntergeladen oder bei PD Dr. Joachim Zweynert per Email (zweynert@hwwi.org) angefordert werden.

HWWI News Thüringen erscheint viermal im Jahr in deutscher Sprache und steht in elektronischer Version und kostenlos zur Verfügung. Der Newsletter kann abonniert werden unter: newsthueringen@hwwi.org.